

Protokoll der 11. Bundesdelegiertenversammlung der ADB e.V.

vom 14. bis 15.06.2013 in Vallendar

Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden

Gedenkminute für Hans Gerz

60. Jahrestag; Rückblick 1953-2013

Ehrenmitglieder 2013: Hans Gerz; Lothar Strehle; Marion Faller, Fabian Herbert; Marie Blume; Renate Vossgerau, Willi Spettmann; Arno Stamm

1. Wahl der Versammlungsleitung

Katrin Hoffmann einstimmig als Versammlungsleiterin gewählt.

2. Verabschiedung Protokoll 2011

Protokoll wird nach nochmaligem austeilen und Erläuterung einstimmig verabschiedet.

Die Korrektur im Kassenbericht 2011 wurde im Berichtszeitraum vorgenommen. Die Anregungen aus dem Protokoll sind durch den geschäftsführenden Vorstand aufgenommen worden und werden weiter bearbeitet. Keine weiteren Anmerkungen.

3. Bericht des Vorsitzenden

2011, 2012 und 2013 mehrere VS-Sitzungen

2012 zwei Gesamtvorstandssitzungen

Teilnahme an Veranstaltungen und Kontakte zu anderen Verbänden:

Zwei Mitglieder des Vorstandes nahmen an der DBH Bundestagung teil, Bundesvorsitzender Gebert nahm an einer Veranstaltung LAG Hessen teil, ebenso Teilnahme einer Veranstaltung des Verbandes der Sozialarbeiter der Niedersächsischen Strafrechtspflege

Kooperation mit der DBH. Die Arbeit zwischen den Verbänden wird weiter abgestimmt, z.B. für den Bewährungshelfertag 5/6.12.2013

Es wurde Kontakt zu Verdi (Bundesvorstand) wegen dortiger Gründung eines Fachverbandes Bewährungshilfe aufgenommen – bislang erfolgte keine Reaktion hierauf.

Medienarbeit:

(Pressemitteilungen) Presseerklärungen zu Thematiken: zur Befürwortung früher Hafturlaube für Langzeithaftierte, Warnschussarrest,

Artikel im Heft DBH-Bewährungshilfedurch Wälzholz-Junius zu den Probation Rules

Neue Strafvollzugsgesetze: Stellungnahmen (u.a. aufgrund der Stellungnahmen der Länder LAG) und der ADBeV für das Saarland

MDR Talkshow und Dokumentation: Teilnahme von Holger Gebert (Anlass: Insel in Sachsen-Anhalt, Entlassung Sicherungsverwahrte)

Interview Thematik: Lockerungen Langzeithaftierte

Interview Thematik: Sicherungsverwahrung

Interview TAZ Thematik: Resozialisierung und Übergangsmanagement

Teilnahme Holger Gebert: rbb-Dokumentation „Der lange Weg“-„Die zweite Chance“

Interview Märkische Allgem. Zeitung Thematik: Resozialisierung, Strafvollzugsgesetz

Interview Süddeutsche Zeitung Thematik: Privatisierung Baden-Württemberg

Erfahrungen mit der Medienarbeit:

Positives Erleben der Pressearbeit. Gute Zusammenarbeit mit den Medien. Wichtige Rolle des Verbandes.

Homepage:

Alte Homepage gesperrt und muss überarbeitet werden. Dauert noch etwas, da es sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit des Programmierers handelt.

Hinweis der Delegierten: Professionelle Betreuung der Homepage wäre zu überprüfen, da sie ein wichtiges Instrument der Informationsweitergabe und Außendarstellung ist.

Kostenvoranschläge sind einzuholen.

Mitgliederwerbung und veränderte Struktur der Bundesländer:

Es gab Anfragen aus Baden-Württemberg (40 Koll.), Saarland (25 Koll.), Niedersachsen (156 Koll.) über eine Mitgliedschaft in der ADB auch wenn sich die Personen dort aus unterschiedlichen Gründen nicht als LAG formieren werden können, dennoch aber Interesse daran haben, in die ADB aufgenommen werden kann.

Auch die Einzelmitgliedschaft wird für notwendig gehalten.

Der Vorstand hat sich intensiv mit dieser Thematik beschäftigt. Daher werden auch die Satzungsänderungen für dringend für notwendig gehalten.

Weitere Tätigkeiten:

Fallzahldiskussion soll wegen Vergleichbarkeit der Bundesländer nach Möglichkeit bei dieser Delegiertenversammlung abgeschlossen werden. Länderberichte wurden aktuell strukturiert und sollen zunehmend zukünftig themenorientierter abgefragt werden um Aussagen zur

Lage der Länder treffen zu können. Medienarbeit: Schulung der Pressevertreter ist in der Prüfung. Eine solche wird für Anfang 2014 ins Auge gefasst.

Weitere Thematik: Gesundheit der BewährungshelferInnen, derzeit erfolgt Sammlung von Material

Es wurde wegen einer Lebenslagenuntersuchung der Uni Bochum – Kontakt zur ADB über Paul Reiners aufgenommen. Es wurde darauf verwiesen dass diese auch der richtige Kooperationspartner ist da dies damals ein „Kind“ der ADB war. Noch keine Rückmeldung nachdem die Fragebogenunterlagen zugesendet worden sind.

Prof. Dr. Dölling von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg hat zur dortigen Evaluierung die Anfrage gestellt, was gute Bewährungshilfe ausmacht. H. Gebert hat mit dem Thesenpapier geantwortet welches auch die Eröffnungsrede beinhaltetete.

Bewährungshelfertag in Berlin am 5/6. Dezember 2013 in der Landesvertretung Brandenburg, dortiger Justizminister übernimmt die Schirmherrschaft.

Referenten sind angefragt. Zusagen: Cornel, Lindenberg, Aspron, Koll. Niedersachsen Vossgerau u. Spettmann; Autorin Cohnen hat abgesagt. evtl. soll diese zu einer späteren Veranstaltung nochmals eingeladen werden. Thema (des Tages) der Tagung: BWH im Spannungsfeld (BWH) –Angst(Sicherheits-)management und/oder Realisierung.

4. Kassenbericht 2011, 2012, 2013

Jahresrechnungen werden erläutert. S. auch vorgelegte Jahresrechnungen.

Anmerkung: Jahresrechnung 2013 Seite 2: Fehler des Datums, es muß 1.1.2013 lauten.

Finanzamt hat eine Prüfung von 2001-2011 vorgenommen. Der Verein hat nunmehr eine Steuerbefreiung für die Jahre 2009-2011, seine Gemeinnützigkeit ist anerkannt.

Auf Anfrage der Delegierten wird erläutert:

Pauschale Kosten 2011: 600,-- € werden nicht mehr abgerechnet, wurden bisher dem Vorsitzenden als Pauschale für Telefon, Internet u.s.w. zur Verfügung gestellt. Seit 2012 wird eine Abrechnung von tatsächlich entstehenden Kosten gemacht.

Teilnehmerbeiträge für die Bundestagung werden im laufenden Jahr ausgewiesen.

Kasse wurde nicht geprüft. Kassenprüfer bemängeln mangelnde Kommunikation.

Die Unterlagen werden heute zur Prüfung mitgegeben. Im Herbst befindet sich H. Gebert in Bayern und sodann kann Kassenprüfungsergebnis besprochen werden.

Entlastung des Vorstandes ist nur bei Wahlen notwendig, daher erschien eine Kassenprüfung nicht notwendig.

Dringende Anregung der Delegierten an den Vorstand:

Jährliche Prüfung zukünftig durchführen lassen, auch im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit und Finanzamt.

Aktueller Stand:
925 Mitglieder
47 Delegierte
anwesend 33 Delegierte – stimmberechtigt

5. Diskussion und Verabschiedung der Satzung

Nochmalige Erläuterung zur Notwendigkeit der Satzungsänderung wie im Bericht des Vorstandes.
Hinweis auf § 5 Satzung

Des Weiteren waren bislang Änderungen von Delegiertenversammlung Bad Münstereifel 2000 und Recklinghausen 2010 bislang nicht aufgenommen worden.

Zuzüglich weiterer Veränderungen wie zuvor zugesandt nun in der Satzung enthalten.

Anliegen der LAG NRW, vorgetragen von H. Fila:

Zum § 2 Zweck des Vereins Nr. 3 -> Opferschutz soll eingearbeitet werden wegen Gerichtshilfe innerhalb der LAG des Bundeslandes.

Anregung daher einer weiteren Änderung der Satzung, die aber nicht rechtzeitig eingereicht wurde, somit nicht abstimmungsfähig ist. Diese Anregung wird wie folgt als Protokollnotiz aufgenommen:

„Protokollanhang zur Bundesdelegiertenversammlung 14-16.6.2013 in Vallendar

Stellungnahme der LAG NRW zum Satzungsentwurf

Die LAG (der Landessprecher H. Fila) hat im Vorfeld der Versammlung mit der Mail vom 6.6.2013 an Holger Gebert Satzungsvorschläge eingebracht.

Mit dem Antwortschreiben von Holger Gebert wurde geklärt, dass diese Vorschläge nicht in die Satzungsabstimmung einfließen können, da sie nicht fristgerecht eingereicht wurden.

Die LAG NRW hält aber daran fest, dass diese Satzungsvorschläge in die Satzung der ADB aufgenommen werden sollen.

Die LAG erkennt die Leistung und den mit dem Satzungsentwurf verbundene Arbeit mit großem Respekt an.

Die LAG NRW ist aber weiterhin der Meinung, dass die fachlichen Grundlagen der Arbeit des ASD NRW (die Fachbereiche Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht) in der ADB Satzung ihren Platz finden sollen.

Die Arbeit der Gerichtshilfe ist auch Opferarbeit (Opferberatung und Hilfe). Diese fällt an in den Berichten Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) und Häusliche Gewalt.

Die LAG NRW sieht sich, auch als großer Beitragszahler in der ADB, in der Pflicht, auf die Aufnahme der Zuständigkeit Opferberatung und Hilfe in die ADB Satzung hinzuwirken.

Im Sinne der Mitgliederwerbung und Entwicklung ist das wichtig. Entsprechende Änderungsvorschläge für die ADB Satzung werden von der LAG eingereicht.

i.A: H. Fila (Landessprecher)“

Andere Delegierte weisen darauf hin, dass durch die unterschiedlichen Strukturen in den einzelnen Bundesländern und teilweise aufgrund des derzeitigen Kampfes um diese Strukturen, ein solches Anliegen auch kontraproduktiv sein kann. Es gibt auch weiterhin Bundesländer mit LAG Gerichtshilfen.

Ein Antrag kann zur nächsten Delegiertenversammlung form- und fristgerecht als Antrag eingereicht werden.

Feststellung:

Stimmberechtigung: 33

Abstimmung:

Ja-Stimmen 31 Ja-Stimmen

Nein-Stimmen 2 Stimmen

Die Satzungsänderung wird somit wie vorgelegt angenommen.

Die Delegiertenversammlung wird aus Zeitgründen unterbrochen bis folgendem Tag.

Sodann am 15.06.2013:

6. Länderberichte

s. Ausfertigungen der Länder:

Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, NRW, Rhl.-Pfalz, Schl.-Holstein, Thüringen

Die Länderberichte werden auch in Zukunft in thematischen Blöcken abgehandelt. Große Thematiken in allen Ländern: Umstrukturierungen, Kategorisierung, Risikoorientierung und die dafür verwendeten Programme und Mittel.

Mehr Austausch und inhaltliche Informationsweitergabe wird von den Delegierten gewünscht. Stellungnahmen der LAGs aus Ihrem Bundesland sollen an die ADB gehen. Optimal wäre eine Vernetzung über die Homepage zu erreichen.

Weitere Themen für die Zukunft:

Hierarchische Strukturen in den Bundesländern und Auswirkung auf die verbandliche Arbeit

Ende der Delegiertenversammlung um 12.00 Uhr und sodann Bundesversammlung mit den Arbeitsgruppen zu den Thematiken: Positionspapier Fußfessel und EAÜ; Positionspapier Umgang mit Sexualstraftätern, Positionspapier zur Drogenpolitik, Fallzahlenberechnung, Qualitätsentwicklung und Risikoorientierte Bewährungshilfe. Ergebnisse s. dortige Protokolle.

Protokollantin der Delegiertenversammlung

Stefanie Schütz (Landesarbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz)